

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 10
111. Plenarsitzung, Donnerstag, 8. Oktober 2020

Aussprache zur Rede der Finanzministerin
anlässlich der Einbringung des „Landeshaushaltes 2021“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

08.10.2020

1. Einführung

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Bürgerinnen und Bürger wollen,

- dass mit ihrem Steuergeld verantwortungsvoll umgegangen wird.
- dass es in der Haushalts- und Finanzpolitik wirklich um sie, um ihre Familien, ihr Dorf, ihre Stadt, geht.

Eine solide Finanzpolitik legt dafür die Grundlage. Sie schafft Sicherheit und Zusammenhalt. Deshalb beraten wir jetzt, Regierung, Fraktionen, wie wir in Rheinland-Pfalz unseren Wohlstand, das Wohlstandsversprechen, das unsere Demokratie den Bürgerinnen und Bürgern gibt, sichern können.

Unsere Gesellschaft, unser Land, unsere Wirtschaft, sind im Umbruch. Und Corona, die Pandemie, beschleunigt diesen Wandel noch. Viele Leute sind deshalb verunsichert und fragen sich: Wie lange wird das, was ich als alltägliche Heimat kenne, meine Heimat bleiben?

Umso mehr haben wir vor diesem Hintergrund gehofft, dass in dieser Zeit der Verunsicherung der Landeshaushalt eine verlässliche Zukunftsvision für Rheinland-Pfalz weisen könnte.

- Für Innovation,
- für eine moderne Infrastruktur,
- für sichere und neue Arbeitsplätze.

Unsere Fraktion wird sich in den kommenden Wochen eingehend mit Ihren Ansätzen befassen. Doch das, was wir bisher gehört haben, enttäuscht. Wir sind damit nicht zufrieden – denn sie reden anders, als sie handeln.

Wir sind eine großartige Heimat, wir haben wunderschöne Regionen – wir leben gerne hier. Doch fast 30 Jahre SPD-geführte Landesregierungen haben unsere Heimat auch zu einem Ort gemacht, wo fehlende Investitionen, marode Straßen und Brücken, geschlossene Krankenhäuser, baufällige Schwimmbäder, Theater und Museen - zum Bild gehören, an der zur Tagesordnung sind.

Hauptleidtragende sind unsere Bürgerinnen und Bürger, die in ihrer Lebensqualität beschnitten werden, sowie unsere Bürgermeister und Landräte und Ratsmitglieder, die immer wieder vor der Abwägung stehen, welche Einrichtung sie in ihrer Gemeinde noch mit den wenigen vorhandenen Finanzmitteln unterstützen können.

2. Erwiderung auf die Landesregierung

2.1. Bildung

Anrede,

schauen wir uns im Einzelnen an, was Sie, Frau Ministerin, uns gestern vorgestellt haben.

„Gute Bildung für Alle“ – ist der Slogan der Landesregierung – aber nicht mehr als ein hohle Phrase. Und Sie erklären, dass Sie für eine gute Unterrichtsversorgung sorgen.

Die Wahrheit sieht anders aus: Im Schnitt fallen an rheinland-pfälzischen Schulen 7,2 Prozent der Unterrichtsstunden aus. Je nach Schulform liegt der Wert sogar über 10 Prozent. Bei mehr als der Hälfte des ausgefallenen Unterrichts schönen Sie die Statistik. Klassen werden kurzerhand zusammengelegt und zu große Lerngruppen gebildet.

Oder – eine andere Methode: Schülerinnen und Schüler bleiben ohne eigene Lehrkraft im Klassenzimmer. Hin und wieder wirft dann ein Lehrer aus einem benachbarten Unterrichtsraum einen Blick auf die Klasse. Und das heißt dann “Selbstbestimmtes Lernen“.

Wir sagen, was es wirklich ist: Unterrichtsausfall!

Bereits in der Grundschule verpasst ein hoher Anteil der Kinder den Anschluss. Mehr als ein Drittel aller Viertklässler kann nicht ausreichend Lesen und Schreiben. Damit können wir uns doch nicht zufriedengeben! Und genau hier setzt dieser Entwurf des Landeshaushalts überhaupt nicht an.

Das ist ein massiver, ein ganz großer Fehler, der sich wie ein roter Faden durch diesen Haushalt zieht, meine Damen und Herren.

Wer als Kind kein gutes Deutsch kann, verliert den Anschluss. Denn Sprache ist der Schlüssel zur schulischen und gesellschaftlichen Teilhabe, sie ist auch der Schlüssel für eine gelingende Integration.

Wer nicht richtig lesen kann und Texte nicht versteht, der wird sich auch in späteren Lern- und Lebensphasen in der Schule, in der Ausbildung, im Studium oder am Arbeitsplatz schwer tun.

Wir als CDU fordern wirkliche soziale Gerechtigkeit und setzen da an, wo echte Chancengleichheit beginnt. Wir brauchen endlich ein ganzheitliches Sprachförderkonzept für unsere Schülerinnen und Schüler – von der Kita bis zur weiterführenden Schule.

Lehrerstellen

Deutlicher denn je tritt durch Corona die angespannte Personalsituation an den rheinland-pfälzischen Schulen zutage. Schon vor Corona war klar: Es fehlen Lehrer. Es fehlt deshalb auch an notwendigen individuellen Fördermaßnahmen, an Sprachförderung. Für die kommenden Monate ist absehbar, dass mit steigenden Infektionszahlen wieder Präsenzunterricht und Homeschooling in vielen Orten parallel erteilt werden müssen.

Wir bräuchten dafür mehr Personal. Doch stattdessen laufen immer mehr Hilferufe von Lehrerinnen und Lehrern mit befristeten Verträgen ein, die ein Weiterbeschäftigungsverbot befürchten. Statt junge Kräfte zu halten, wandern gut ausgebildete junge Lehrerinnen und Lehrer in andere Bundesländer, weil sie dort Planstellen und bessere Gehälter erwarten. Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Wandeln Sie endlich befristete Stellen für junge Lehrkräfte in Planstellen um.

Wenn Sie wirklich mehr Lehrer wollen, müssen Sie dauerhafte Stellen schaffen. Das tun Sie seit Jahren nicht. Wir werden das ändern.

Schulträgerschaft

Seit Wochen bin ich im Land unterwegs und erlebe in den Schulen immer wieder die gleichen Probleme:

- bei der digitalen Ausstattung
- bei der Breitbandanbindung

- bei der Schülerbeförderung
- bei den Schultoiletten

Wer Abhilfe schaffen will, landet schnell in der Sackgasse:

- Verweise auf unterschiedliche Verantwortlichkeiten,
- Streit um Kompetenzen,
- ein Hin- und Hergeschiebe bei Zuständigkeitsfragen.

Uns als CDU und mir persönlich geht es nicht zuvorderst um Zuständigkeitsfragen.

Mir geht es darum, Probleme zu lösen. Wie und ob diese Probleme vor Ort in den Griff zu bekommen sind, entscheidet sich einzig und allein an einem Faktor: Dem Geld. Haben Städte und Landkreise eine gute finanzielle Ausstattung, gelingt auch digitale Bildung, dann stimmt die Bausubstanz.

Anrede,

es muss egal sein, ob ein Kind im Westerwald, in Koblenz, in der Westpfalz oder in Mainz-Bingen zur Schule geht. Nicht die Kommunalen Finanzen dürfen darüber entscheiden, welche Start – und Bildungschancen unsere Kinder haben!

Und es darf auch nicht am Wohnort hängen, ob Schulen mit schnellem Internet, WLAN, Smartboards und Schüler mit digitalen Endgeräten ausgestattet sind. Damit muss Schluss sein.

Natürlich ist es richtig, dass die Trägerschaft der Schulen bei den Kommunen liegt. Aber ich habe es satt, dass fortwährend Zuständigkeitsfragen die Bildung unserer Kinder beeinträchtigen.

- Wenn es um die Digitalisierung geht,
- um flächendeckende Mindeststandards,
- um große Beschaffungen und
- um den Ausgleich unterschiedlicher regionaler Voraussetzungen –

also um gleichwertige „Bildungsverhältnisse“, dann ist das Land in Zukunft viel stärker in der Pflicht, sich einzubringen.

Für uns gilt: Die SPD kann gerne Zuständigkeitsverweiser bleiben. Wir werden ab dem kommenden Jahr Problemlöser sein.

3. Wirtschaft und Verkehr

Anrede,

Wirtschaftsminister Wissing bei seiner Bewerbungsrede als Generalsekretär der FDP: *„Wir brauchen einen starken Staat, der seine Kernaufgaben wahrnimmt“*. Schon viele Politikerinnen und Politiker haben diesen Satz zuerst gesagt und danach versagt.

Eine gut ausgebaute Infrastruktur gehört fraglos zu diesen Kernaufgaben. Straßen, Schienen oder Radwege verbinden uns. Sie sind von elementarer Bedeutung für die Wirtschaft und die Menschen im Land.

Das Auto ist nicht das einzige, aber gerade im ländlichen Raum immer noch das mit Abstand wichtigste Fortbewegungsmittel. Ein Autobahnanschluss oder eine Bundesfernstraße haben manchen Ortschaften attraktive Perspektiven gegeben.

„Wir brauchen einen starken Staat, der seine Kernaufgaben wahrnimmt“. Was auf den ersten Blick so sinnvoll erscheint, wird beim genauen Hinschauen in Rheinland-Pfalz zum bloßen Lippenbekenntnis.

Die Landesregierung spricht gerne von „konstant hohen Mitteln“ für die Infrastruktur. Doch helfen „konstante Mittel“, wenn alleine die Baukostensteigerung bis zu 6% im Jahr beträgt?

Nimmt man die echten Zahlen, dann sind

- die Auftragsvolumen für externe Leistungen um 15% gesunken,
- die bereitgestellten Mittel 4% niedriger,
- die verbauten sogar 12% niedriger
- sinkende Zuweisungen an die kommunale Ebene die Regel
- Jahr für Jahr enorme Bundesmittel von Rheinland-Pfalz nicht abgerufen worden.

Rheinland-Pfalz ist nach wie vor Schlusslicht bei den öffentlichen Investitionen! Und die Folgen sind spürbar:

- Der Sanierungsstau für kommunale und Landesstraßen liegt bei je einer Milliarde Euro
- Zentrale Projekte wie die Mittelrheinbrücke oder die Schiersteiner Brücke kommen nicht voran.

Anrede,

die schlechte Situation unserer Infrastruktur ist ein Grund für unsere wirtschaftliche Lage.

Ja, die Corona-Pandemie hinterlässt tiefe Spuren. Doch die Wahrheit ist: Schon lange vorher ist Rheinland-Pfalz in eine Rezession geraten. Im vergangenen Jahr lag Rheinland-Pfalz beim Bruttoinlandsprodukt mit einem Minus von 1,3% auf dem letzten Platz unter allen Bundesländern.

Frau Ministerin Ahnen, wie können Sie es da als Erfolg feiern, dass das BIP bei dieser schlechten Ausgangssituation nur um 5,7 % sank? Sie können es drehen und wenden wie sie wollen, die rote Laterne bleibt die rote Laterne!

Seit ihrem Amtsantritt hat die Ampelregierung kein einziges Mal Rheinland-Pfalz über den Bundesdurchschnitt gehievt. Kein einziges Mal konnte Rheinland-Pfalz stärker wachsen als der deutsche Vergleichswert.

Und wie reagiert die Landesregierung? Wieder ein neuer Gesprächskreis: Diesmal – der sog. „Transformationsrat“. Dieser reiht sich in die gute Tradition der landesweiten Gesprächszirkel:

- Es gibt den ovalen Tisch,
- den Technologiebeirat,
- den Mittelstandsbeirat
- oder die Zukunftsinitiative.

Frei nach dem Motto: „Wenn Dreyer nicht mehr weiter weiß, macht sie einen Arbeitskreis“.

Schöne Pressemitteilungen, nette Fotos. Doch hört man hinter die Kulissen, sind viele Teilnehmer frustriert: Die Mitglieder mühen sich in endlosen Zwischenrunden oder Untergruppen ab, die Gespräche werden am Ende zu Kaffeekränzchen. Jetzt werden Sie erwidern: Es liegen doch die ersten Beschlüsse des Transformationsrates vor.

Nun, das kann man so oder so sehen. Sie müssen sich fragen lassen: Hätten die jetzt getroffenen Beschlüsse nicht schon Monate, wenn nicht sogar Jahre früher eingeleitet werden können?

Beispiele:

- Der Transformationsrat hat beschlossen, die Berufsschulen besser auszustatten. Unsere Forderung – schon seit Jahren. Bereits für den Haushalt 2014 gab es dazu einen Vorschlag der CDU-Fraktion!
- Es soll eine „Wasserstoff Roadmap“ geben. Wahrscheinlich konnten Sie Roadmap nicht Strategie nennen, da sie sonst nicht nur die Idee, sondern auch die Wortwahl unseres Antrags vom November 2019 benutzt hätten. Tatsache ist: Im Routenplaner Ihrer Wahl finden Sie aktuell nur eine Wasserstoff-Tankstelle in Rheinland-Pfalz.
- Der Digitalisierungsbonus wird auch umbenannt. Raten Sie mal wie dieser in Rheinland-Pfalz künftig heißen soll? So viel Kreativität hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut – er heißt jetzt neudeutsch “Digibooster”.

Anrede,

wir wollen nicht länger das Land der roten Laterne und der langwierigen Arbeitskreise sein. Sondern ein offenes, ein innovatives Land. Dafür braucht es

- Mut und politischen Gestaltungswillen.
- eine leistungsstarke digitale Infrastruktur,
- gute Straßen und Brücken,
- intelligente Mobilitätsketten,
- bestens ausgestattete Universitäten und Hochschulen,
- der Auf- und Ausbau von Forschungsnetzwerken,
- eine neue Startup-Kultur,
- und eine echte Stärkung der dualen Ausbildung.

Zu alledem fehlt der Ampelregierung entweder der Mut oder der Wille.

4. Wissenschaft und Hochschule

Schauen wir auf unsere Hochschulen. All die Jahre haben Sie viel zu wenig Geld in unsere Standorte gegeben.

Anrede,

eines ist ganz sicher – Eine gute Zukunft für unseren Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz schafft man nicht mit hektischer Flickschusterei kurz vor der Landtagswahl. Es ist wirklich bedenklich für ein Land, in dem einst Bernhard Vogel unseren Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz revolutionierte:

Seit vielen Jahren ist die einzige Konstante in der Hochschulpolitik der Landesregierung die chronische Unterfinanzierung! Unsere Hochschulen brauchen mehr Geld. Rheinland-Pfalz belegt im bundesdeutschen Vergleich die letzten Plätze bei den Ausgaben pro Studierenden. Waren es 2013 etwa 5900 €, so waren 2017 immer noch 5900€.

Man sieht deutlich: Keine Ausgabensteigerung – obwohl gleichzeitig die Personal- und Sachkosten enorm gewachsen sind. Heißt im Gegenteil: Real hat eine Verschlechterung der Ausgaben pro Studierendem stattgefunden. Das sind doch keine Bedingungen, unter denen wir die besten Köpfe im Land ausbilden können!

Wenn es Zuwächse im Wissenschaftshaushalt gibt, dann immer nur durch Bundesmittel. Mit deren Hilfe kann eine Vielzahl von Stellen geschaffen werden. Wir fordern schon seit Jahren mehr Planungssicherheit, vor allem für den akademischen Mittelbau. Viele der wissenschaftlichen Mitarbeiter hier befinden sich in prekärer Beschäftigung, ohne langfristige Perspektive.

Hier muss das Land selbst Verantwortung übernehmen und zusätzliche Gelder in den Haushalt stellen. Und dem Beispiel anderer Bundesländer folgen, die schon längst mehr in die Grundfinanzierung geben. Während diese Signale für die Zukunft setzen, tritt Rheinland-

Pfalz auf der Stelle und wird abgehängt. Dadurch verschlechtern sich die Bedingungen für Studium und Lehre bei uns im Land immer mehr. Erst vorletzte Woche haben mir Studentinnen und Studenten vom AStA am Campus Koblenz davon berichtet,

- dass vor Ort viel zu wenig Räume zur Verfügung stehen,
- die Bibliotheken sehr schlecht ausgestattet und
- überall zu wenige Arbeitsplätze vorhanden sind -
um nur einige der Probleme vor Ort zu nennen.

Ich darf an dieser Stelle auch an den Brandbrief der Landesapothekerkammer vor einigen Wochen zum Zustand der Pharmazie an der Universität Mainz erinnern. Ich zitiere: „Das Gebäude des einzigen Pharmazieinstituts des Landes ist marode: Das Gebäude ist PCB-verseucht, die Labore sind veraltet, die Sicherheit der Studenten und Mitarbeiter ist nicht mehr gewährleistet.“

Auch hier bei der Pharmazie in Mainz gibt es viel zu wenige Gelder des Landes für unseren Hochschulstandort. Diese Entwicklungen in Koblenz und Mainz sind nur zwei Beispiele dafür, was eine chronische Unterfinanzierung an unseren Hochschulen im Land bewirkt. Sie zeigen: Die Landesregierung gefährdet die Zukunft unserer Hochschulen und die Ausbildung unserer Studierenden!

5. Klima

Frau Ahnen, entlang der Agenda der Koalitionspartner ging es der Landesregierung in Ihrer Einbringungsrede an dritter Stelle um Klima.

Klimaschutz hat für uns alle eine große Bedeutung. Rheinland-Pfalz ist eines der walddreichsten Bundesländer. Wälder prägen vieler unserer Regionen und geben ihnen sogar ihren Namen: Westerwald, Hochwald, Pfälzer Wald.

Umso mehr trifft uns der schlechte, ja dramatische Zustand unserer Wälder ins Mark. Dürre, Stürme, Schädlinge setzen ihnen extrem zu. Und die Schäden werden immer sichtbarer. Forstämter rufen nach Hilfe. Wir brauchen eine bessere, waldbauliche Strategie – das wird eine gewaltige Aufgabe. Wir müssen viel Geld in den Wald geben, unsere Forstämter brauchen schnell mehr Personal. Denn klar ist, wenn uns die Wälder wegbrechen – kriegen wir noch ganz andere Probleme.

Uns alle eint das Ziel, das Klima, unsere Erde und die Schöpfung zu schützen. Doch nun gilt es die Meta-Ebene zu verlassen, auf der sich die Landesregierung häufig befindet. Die entscheidende Frage für uns muss sein: Was können wir konkret in Rheinland-Pfalz tun? Natürlich gehört der Ausbau der Erneuerbaren Energien hier dazu.

Ich werbe beim Klimaschutz für eine positive Debatte. Wir dürfen nicht in Panik verfallen, sondern - angetrieben von Mut und Erfindergeist, in den Wettstreit um die besten Ideen gehen. Genau hier sehen wir nach zehn Jahren grüner Regierungsbeteiligung und fünf Jahren Ampel deutlichen Nachholbedarf. Und nicht nur die CDU-Fraktion, auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Ich zitiere:

„Deutlicher Nachholbedarf besteht bei den Anstrengungen zum technologisch-wirtschaftlichen Wandel. Rheinland-Pfalz sollte mehr in Forschung investieren, das Bildungsangebot ausweiten und die Ansiedlung von Unternehmen aus der EE-Branche vorantreiben, umso deutlicher von den ökonomischen Effekten dieser Transformation profitieren zu können.“ (DIW-Bundesländervergleich 2019)

Anders formuliert: Klimaschutz ist mehr als der notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energie. Und Innovation und Optimismus sind weitaus bessere Ratgeber als Panik und Schwarzmalerei!

Konkret bräuchte es

- eine bessere Ausstattung von Universitäten und Hochschulen,
- mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung,
- und eine Ausweitung der Bildungsangebote in den besonders wichtigen Fachbereichen.

Wir brauchen Firmen und Unternehmen, die mutig voran gehen und die Verbindung von Ökonomie und Ökologie als eine Chance begreifen. Leider wurde kaum etwas davon in den letzten fünf Jahren erreicht und auch dieser Haushalt lässt nicht erkennen, dass Sie hier innovativ vorangehen.

Ich will einen weiteren Aspekt nennen, der in der Verantwortung des Landes liegen muss: Klimaschutz wird vor Ort gemacht, in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hier gehen CDU-Landräte und Oberbürgermeister voran, während die Landesregierung damit beschäftigt ist, auf die Bundesregierung zu schimpfen.

Doch wir müssen unsere Kommunen auch befähigen, diesen Weg weiterzugehen zu können. Ein Beispiel ist die energetische Sanierung, durch die das Klima und der Geldbeutel der Kommune geschützt werden. Wo ist Ihre landesweite Strategie zum Energie-Controlling? Wie wäre es damit als Land Vorreiter zu sein in der energetischen Sanierung?

Tatsächlich haben Sie noch nicht mal Wissen über die Emissionen Ihrer eigenen Gebäude und die miserable, finanzielle Ausstattung der Kommunen steht vielen Anfangsinvestitionen im Weg. Auch das ist ein Erbe von zehn Jahren rot-grüner Regierung: Schlecht ausgestattete Kommunen die sich für den Klimaschutz einsetzen wollen, aber die notwendigen Mittel nicht genehmigt bekommen und eine Landesregierung, die tatenlos zusieht.

6. Frauen

Bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode war klar, Rheinland-Pfalz benötigt dringend ein weiteres Frauenhaus im Norden des Landes. Ministerin Spiegel stellte dieses 2018 für das Jahr 2019 in Aussicht. Damit sollte endlich dem seit Jahren steigenden Bedarf an Plätzen in rheinland-pfälzischen Frauenhäusern begegnet werden.

Seither wurde oft über das 18. Frauenhaus geredet. Fakt ist, es gibt dieses oft angekündigte Frauenhaus immer noch nicht. Es fehlt immer noch an Plätzen in Frauenhäusern – einmal mehr, da die Verweildauer der betroffenen Frauen aufgrund fehlender, bezahlbarer Wohnungen zunimmt.

Nach fünf Jahren Regierungszeit ist auch die finanzielle Ausstattung der vorhandenen Frauenhäuser nicht besser geworden. Nach wie vor werden zu wenig Mittel bereitgestellt, um den gestiegenen Personalbedarf für die Betreuung und Beratung von Gewalt bedrohter bzw. betroffener Frauen zu decken. Frauenhäuser, Interventionsstellen, Notrufe setzen sich aufgrund fehlender Landesmittel seit Jahren mit viel ehrenamtlichem Engagement für die Hilfe in Not geratener Frauen ein. Sie warten seit Jahren auf eine Erhöhung der Landesförderung.

Frau Ministerin Spiegel, es ist wichtig, Schutzsuchenden zu helfen, ihnen eine neue Heimat zu geben. Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass nicht alle Flüchtlinge unsere Wertvorstellungen teilen und nach anderen Gesetzen leben, welche vor allem für Frauen und Mäd-

chen eine Bedrohung darstellen. Daher darf unser Engagement gegenüber geflohenen Frauen und Kindern nicht mit ihrer Aufnahme in Flüchtlingsunterkünften enden. Es kostet viel Zeit und Geld, gerade sie vernünftig zu integrieren und mit unserer Gesellschaft vertraut zu machen.

Hier, Frau Spiegel, können Sie sich nicht auf die ehrenamtliche Arbeit, vor allem die Arbeit vieler ehrenamtlich engagierter Frauen verlassen, sondern Sie müssen ihre Versprechen auch entsprechend finanziell untermauern.

7. Familie

Die Corona-Pandemie hat auch den wichtigsten und grundlegendsten Baustein unserer Gesellschaft auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Wie wichtig die Familien sind, welchen entscheidenden Beitrag Familien zum Erhalt unserer Gesellschaft leisten, haben Sie, haben wir alle, in den letzten Monaten deutlich spüren können!

Liebe Familien,

Sie haben in dieser schwierigen Zeit trotz Doppel- und Dreifachbelastung einen herausragenden Job gemacht. Dafür gebührt Ihnen unser Dank und unsere Anerkennung. So wie sich unsere Gesellschaft in dieser Zeit auf Sie, die Familien verlassen konnte, haben Sie auch umgekehrt unsere volle Unterstützung verdient. Ganz besonders bei Betreuung, Erziehung und Bildung!

Anrede

Kinder sind in ihrer Entwicklung sehr individuell und es braucht viel Zeit, Geduld, Liebe und Zuwendung, um sie großzuziehen und auf das Leben vorzubereiten. In Kindergartenstätten geht das aber nicht mit dem aktuell geltenden Betreuungsschlüssel. Dieser bringt Erzieherinnen und Erzieher an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Es fehlt an Zeit – für Aufmerksamkeit, für Zuwendung. Und daran ändert leider auch die Kita-Novelle nichts – im Gegenteil!

Uns ist es wichtig, Familien zu stärken und zu unterstützen und das heißt auch, Bildungs- und Betreuungsangebote zu bieten, die diesen Namen verdienen, bei denen Kinder und Familien im Mittelpunkt stehen. Frau Ministerin Ahnen, das haben Sie bislang nicht geschafft und das schaffen Sie auch mit diesem Haushalt nicht!

Familien stärken, das bedeutet auch: Bezahlbarer Wohnraum in den Städten, flexible Arbeitszeiten für Eltern, Unterstützung beim beruflichen Wiedereinstieg. Familien stärken, bedeutet auch: Jugendherbergen, Familienbildungsstätten, Vereine und Schwimmbäder und alle Organisationen, die sich mit ihrem Angebot speziell an Kinder, die Jugend und Familien richten, finanziell so zu unterstützen, dass sie trotz der durch die Corona-Krise wegbrechenden Einnahmen auch morgen noch existieren können. Wir dürfen Familien nicht bloß mitdenken, sondern unsere Pläne müssen von der Familie ausgehen.

8. Kommunen

Zum Stiefkind der Landesregierung, unseren Städten und Landkreisen, den Dörfern und Verbandsgemeinden.

„Wir machen’s einfach“, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir kennen den jahrelangen Slogan der SPD-geführten Landesregierung zur Genüge. Aus kommunaler Sicht würde ich Ihnen entgegnen, er müsste lauten „Wir lassen’s einfach“. Allen Ihren Beteuerungen und Ankündigungen zum Trotz:

11 der 20 am höchst verschuldeten Kommunen Deutschlands kommen aus Rheinland-Pfalz. Eine Zahl, die Ihnen eigentlich Tränen in die Augen treiben müsste! Eine Zahl, die in Ihrer Amtszeit nicht kleiner wurde, sondern weiter angestiegen ist!

Verkleinert haben sich dagegen die finanziellen Spielräume der rheinland-pfälzischen Städte, Kreise und Gemeinden. Verkleinert, die Hoffnung vieler Menschen

- auf gleichwertige Lebensverhältnisse,
- auf moderne Kitas und Schulen mit sauberen und hygienischen Toiletten,
- auf Schwimmbäder oder kulturelle Einrichtungen, die nicht Jahr für Jahr um ihr Überleben kämpfen müssen.

Die Konsequenzen sind doch überall zu spüren:

- Marode Straßen,
- fehlende digitale Infrastruktur,
- keine wohnortnahe Versorgung,

mit all diesen Problemen haben Sie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte allein gelassen.

Um es in einer Zahl auszudrücken:

In den vergangenen 30 Jahren hat die SPD die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen in Rheinland-Pfalz um jährlich 430 Mio. Euro verringert - in dem sie ihnen immer mehr Aufgaben aufgebürdet hat, ohne angemessene Finanzmittel bereit zu stellen.

Mit diesem Betrag könnten jedes Jahr

- ausreichende Kitagruppen geschaffen,
- genügend Grundschulen gebaut,
- Schwimmbäder saniert,
- oder einfach alle Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden.

Nur dem Engagement der haupt- und ehrenamtlichen Mandatsträger vor Ort ist es bisher zu verdanken, dass in vielen Regionen schlimmere Entwicklungen verhindert werden konnten. Und die „Politik des Unterlassens“ der Landesregierung hat ganz konkrete Folgen:

Viele Menschen verlassen ihre Heimat. Sie ziehen in die Städte, erhöhen dort den Druck auf den Wohnungsmarkt und die städtischen Angebote, was zu Leerständen im ländlichen Raum führt.

Während alle anderen Bundesländer ihre Hausaufgaben machen und die Entschuldung ihrer Kommunen angehen, bleibt Ihre Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, kraft- und mutlos.

Sie haben die wertvolle Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und der niedrigen Zinsen in den vergangenen Jahren verstreichen lassen. Die rote Laterne ist zum Maßstab Ihrer Arbeit geworden.

Irgendjemand von Ihnen wird gleich aufstehen und mit dem Finger nach Berlin zeigen. Doch das nimmt Ihnen keiner mehr ab.

Die Menschen in unserem Land erwarten, dass in der Staatskanzlei aktiv zum Wohl der Menschen gearbeitet wird und sie nicht immer auf die Wohltaten der unionsgeführten Bundesregierung warten müssen.

Gerade die Coronakrise hat die finanzielle Situation noch einmal verschärft. Es ist richtig und wichtig, dass ein kommunaler Rettungsschirm aufgespannt worden ist. Aber, meine Damen und Herren, von den 750 Mio. Euro sind über 400 Mio. Euro sowieso schon Geld der Kommunen. Eine erneute Mogelpackung.

Ob all das, was Sie uns und den Kommunen in den vergangenen Jahren versprochen haben, wirklich zutrifft, wird spätestens am 11. November 2020 das Verfassungsgericht von Rheinland-Pfalz beantworten.

9. Gesundheitspolitik

- Wir stehen vor enormen Herausforderungen im medizinischen Bereich, u.a. durch
- Überalterung der Gesellschaft,
- Pandemierisiken in einer globalisierten Welt,
- unglaublichen Möglichkeiten im Bereich der personalisierten Medizin wie Immunobiologie, Gentechnik und
- der Digitalisierung in der Medizin.

Um in diesen Zukunftsfeldern eine führende Rolle einzunehmen, muss der Gesundheitsstandort Rheinland-Pfalz mit aller Kraft gestärkt werden. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Krankenhausplanung mit einem Landeskrankenhausplan, der diesen Namen auch verdient.

Wir fordern, dass die Landesregierung die rheinland-pfälzische Krankenhauslandschaft nicht unstrukturiert ausdünn, indem sie die schwächsten Krankenhäuser sehenden Auges in die Pleite gehen lässt bzw. die Betreiber die Krankenhäuser vorher schließen.

Wir fordern einen Landeskrankenhausplan, der nicht nur eine anspruchslose Fortschreibung des Ist-Zustandes darstellt, sondern die Krankenhauslandschaft- und -struktur in Rheinland-Pfalz so plant und aufstellt, dass sie zukunftsfest ist. Ein solcher Landeskrankenhausplan muss die Kernziele gesundheitlicher Versorgung, nämlich Wohnortnähe und qualitativ hochwertige Medizin, miteinander in Einklang bringen.

Die CDU-Fraktion fordert die deutliche Erhöhung der Investitionsmittel für Krankenhäuser. Diese sind seit vielen Jahren chronisch unterfinanziert und können sich nur mühsam über Wasser halten. Hier muss substantiell, nicht nur mit Strukturfondmitteln des Bundes, nein, auch auf Landesebene nachgesteuert werden.

60% der Haus- und Fachärzte gehen in den nächsten 5 Jahren in den Ruhestand. Das sind knapp 4000 der über 7000 niedergelassenen Ärzte in diesem Land. Keine Zahl beschreibt diese Problematik so klar und prägnant, wie diese. Man mag sich kaum ausmalen, was diese Zahl für Patienten bedeutet. Wir brauchen mehr Ärzte in diesem Land! Wir müssen mehr Ärzte ausbilden! Wir müssen das Problem an der Wurzel packen. Sie dürfen sich nicht mit ineffektiven Kleinstmaßnahmen behelfen!

Die CDU-Fraktion setzt sich für 200 zusätzliche Medizinstudienplätze pro Jahr ein. Mindestens so viele braucht es, um den Bedarf an Ärzten auf allen Ebenen, von Krankenhäusern bis niedergelassenen Haus- und Fachärzten, zu decken.

10. Innere Sicherheit

Die Sicherheit im Land. Ich frage den Innenminister, was ist los bei Ihnen? Ein großer Wurf ist das nicht. Wie alle Jahre zuvor zeugt auch dieser Haushalt davon, dass Sie den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Koalition suchen.

Bei der Polizei kommt ein Stellenaufwuchs – endlich. Seit Jahren von uns gefordert und bitter notwendig. In der Vergangenheit ist es nicht gelungen, den pensionsbedingten Abgang von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit Neueinstellungen auszugleichen. Hier haben Sie lange geschlafen. Jetzt geben Sie das Ziel – kurz vor Schluss - 10.000 Stellen bei der rheinland-pfälzischen Polizei bis 2024 haben zu wollen.

Was sich zunächst gut anhört, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Mogelpackung. Denn Sie sprechen nicht von 10.000 Vollzeitstellen – sondern von 10.000 Köpfen! Und das kann einen großen Unterschied machen. Wir als CDU-Fraktion wollen 10.000 Vollzeitstellen.

Und wir wollen, dass die personelle Soll-Ausstattung bei jeder Polizeidienststelle auch tatsächlich erreicht wird! Das ist aktuell nicht der Fall und durch die Personalpolitik der SPD auch nicht möglich.

Selbst mit Ihren 9.160 Vollzeitstellen, die Sie sich bis Ende 2021 vornehmen, bleiben wir in der Fläche weit davon entfernt, auf den Polizeidienststellen die Soll-Vorgaben zu erreichen. Krankheits- und fortbildungsbedingt oder wegen Mutterschutz fehlen tagtäglich viele Kolleginnen und Kollegen, die derzeit keinen Dienst leisten können.

Um das zu kompensieren, bräuchte es aber zum einen in Ihrer Koalition einen Konsens, die Polizei nachhaltig zu stärken und zum anderen auch die Bereitschaft, in die Personalausstattung der Polizei zu investieren. Ihr Haushalt spricht aber eine andere Sprache!

Herr Lewentz,

Sie sind Landesvorsitzender einer scheidenden Volkspartei, die richtigerweise „gutes Geld für gute Arbeit“ fordert. Es ist immer leicht, mit dem Zeigefinger auf Unternehmen zu zeigen, und diesen Grundsatz wortgewaltig einzufordern. Weshalb machen Sie es dann nicht auch bei der Polizei? Weshalb gibt es zahlreiche Beamtinnen und Beamten, die die Aufgaben einer höheren Besoldungsgruppe erfüllen, jedoch in einer niedrigeren Besoldungsgruppe vergütet werden? Wo bleiben Wertschätzung und Respekt?

So geht man als Dienstherr nicht mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um! Wir als CDU werden dieses Problem lösen.

11. Kultur

Sprechen wir über Kultur. Rheinland-Pfalz liegt bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur im Ländervergleich seit Jahren auf dem letzten Platz. Als der Doppelhaushalt für die Jahre 2019/2020 verabschiedet wurde, rühmte sich die Landesregierung, die Landesförderung für Kultur um 10% erhöht zu haben. Für betroffene Kulturschaffende war die Meldung vor zwei Jahren nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Denn zum einen erhielt nicht jeder kulturelle Bereich eine 10% Erhöhung der Landesmittel.

Zum anderen relativierte sich der Wert vor dem Hintergrund jahrelanger Stagnation der Landesförderung. Die Landesregierung hat bei den Haushaltsplänen im kulturellen Bereich jahrelang keine Tarifsteigerungen berücksichtigt. Fehlende Gelder, die z.B. bei Musikschulen von Elternseite übernommen wurden. Fehlende Gelder, die in vielen anderen kulturellen Bereichen nur dank des ehrenamtlichen Engagements der Kulturschaffenden kompensiert werden konnten.

Wir fordern für den Kulturbereich eine Übernahme der Personalkosten zu einem Drittel durch das Land, denn es ist keine kommunale Aufgabe den Lehrernachwuchs auszubilden.

Unser Plan sieht vor:

- Eine ausreichende Finanzierung der Musikschulen
- Eine Erhöhung der Studienplätze für das Fach Musik für alle Schulformen, für genügend ausgebildete Musiklehrer in Rheinland-Pfalz

Für uns sind Kunst und Kultur unverzichtbare Bestandteile unserer Identität. Deshalb fordern wir auch weiter die finanzielle Unterstützung der Künstlerinnen und Künstler während der Corona-Zeit.

Es darf nicht sein, dass diese Gruppe von der Politik vergessen wird. Kulturausgaben sind Pflichtaufgaben – andernfalls riskieren wir den Verlust vieler Kulturveranstaltungen und Angebote.

12. Landwirtschaft und Weinbau

Anrede, so interessant wie die Themen sind, die die Finanzministerin angesprochen hat, genauso interessant ist es, welche Themen sie nicht angesprochen hat. Exemplarisch will ich die Landwirtschaft und den Weinbau herausgreifen.

Sechs der 13 Weinanbaugebiete liegen in unserem Bundesland, Rheinland-Pfalz ist stark im Obst- und Gemüsebau, 41 Prozent unserer Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt, wir sind das Agrarland in Deutschland. Eine Landesregierung müsste alles daransetzen, die vielen Höfe und Weingüter in einem immer schwierigeren Umfeld zu unterstützen.

Tatsächlich sterben im Bundesvergleich die meisten Höfe in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung verstärkt den Trend, indem sie das Personal in der direkten Dienstleistungsebene für die Landwirte, den DLRs, auch in diesem Haushaltsentwurf immer weiter abbaut.

Kein Wort dazu - Frau Ministerin Ahnen. Welchen Stellenwert messen Sie der Landwirtschaft bei, Herr Minister Wissing?

Schluss

*„Politik muss zu jeder Zeit Antworten auf die Fragen finden,
die an sie gestellt werden. Zu jeder Zeit.“*

Das waren die beiden ersten Sätze Ihrer Rede, Frau Ministerin Ahnen. Darüber habe ich nachgedacht. Und finde – das trifft es nicht ganz. Sie haben ein entscheidendes Wort, das Wichtigste, vergessen. Anspruch der Politik ist doch nicht, Antworten zu jeder Zeit zu finden. Wäre das nicht beliebig? Anspruch muss doch sein: Die besten Antworten zur richtigen Zeit zu finden! Für die Menschen in unserem Bundesland – damit es ihnen gut geht, damit es in unserem Land vorangeht.

Als ich Ihre Sätze gestern hörte – musste ich unwillkürlich an die vielen Antworten denken, die SPD-geführte Landesregierungen in den vergangenen Jahren auf kritische Fragen gegeben haben, die wir als Opposition stellten. Was haben Sie uns in diesem Haus schon alles erzählt? Zum Hahn, zum Nürburgring.

Kein CDU-Landtagsabgeordneter wird je Ihre falschen Antworten vergessen, und auch nicht den Spott gegen unsere Fraktion, wenn wir es wagten, im Plenum und in Ausschüssen nachzufragen – in Sorge um die Steuermillionen, die SPD-geführte Regierungen in den vergangenen Jahren verbrannt haben und jetzt den Bürgern in unserem Land fehlen, die für eine gute Politik fehlen.

Wurden da tatsächlich – ich darf Sie zitieren, Frau Ministerin Ahnen, was sie das „Credo einer guten Haushaltspolitik“ nannten – wurden da tatsächlich die „richtigen Prioritäten“ gesetzt? Die Mittel „möglichst effizient“ eingesetzt? Und damit unser Land „nach vorne“ gebracht?

Nein. Vergangene Woche wurde das Urteil gegen Ihren früheren SPD-Finanzminister Deubel rechtskräftig: Gefängnisstrafe, 2 Jahre und 3 Monate Haft. Er hat oft für die Regierung Antworten geben müssen, und in vielen Kabinettsitzungen informiert.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Frau Ministerin Ahnen, Herr Minister Lewentz,
Herr Landtagspräsident Hering, Herr Fraktionsvorsitzender Schweitzer,

Sie alle haben über einen langen Zeitraum diese Antworten mitgetragen. Sie alle saßen damals mit am Ruder und sind heute noch an Bord. Geht es hier wirklich nur um einen Schuldigen, um eine Verantwortlichkeit? Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Medien haben Sie vergangene Woche

gefragt. Sie wollten eine Antwort von Ihnen, zu dem Urteil gegen Deubel. Es gab aber keine von Ihnen. Anfragen wurden abgelehnt. „Politik muss zu jeder Zeit Antworten auf die Fragen finden, die an sie gestellt werden? Zu jeder Zeit?“

Millionen. Hunderte Millionen. Mehr als eine halbe Milliarde Euro. Lassen wir diese Beträge einen Moment auf uns wirken – was hätten wir mit dieser unglaublichen Summe alles für Rheinland-Pfalz bewirken können? Jedem von uns fällt dazu etwas ein. Was wäre Ihr Projekt für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz gewesen?

Anrede,

SPD-geführte Landesregierungen haben in den vergangenen Jahren unglaubliche Fehler begangen.

Es ist unsere Aufgabe als Opposition, diese Bilanz zu ziehen. Achten wir darauf, dass solche Dinge nie wieder passieren können, zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Denn diese – und das ist das Credo der Haushaltspolitik der CDU-Fraktion - haben ein Recht darauf, dass gut mit ihrem Geld umgegangen wird. Sie haben ein Recht darauf, dass ihre Probleme gelöst werden. Zu jeder Zeit.